

Niederschrift

über die Sitzung am Mittwoch, 12.12.2007
im Kreishaus Borken,
Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Anwesend:

Vorsitz:

Frau Magdalene Garvert Rhede

Mitglieder:

| | | |
|------------------------------------|----------|--------------------------------|
| Herr Martin Dirking | Velen | |
| Herr Hans-Georg Fischer | Ahaus | |
| Herr Bruno Hartling | Reken | |
| Herr Bernhard Krasenbrink | Bocholt | Vertretung für Herrn Hans Hund |
| Herr Klaus Meyermann | Bocholt | |
| Frau Dorothee Pieper | Gronau | |
| Herr Friedel Sebastian | Raesfeld | |
| Frau Barbara Seidensticker-Beining | Südlohn | |
| Frau Gertrud Söbbing-Krumkamp | Ahaus | |
| Herr Wilhelm Stilkenbäumer | Reken | |
| Frau Gerti Tanjsek | Bocholt | |
| Herr Karl Tebroke | Bocholt | |
| Herr Gerhard Temminghoff | Vreden | |
| Herr Heinz-Josef Tönnies | Heiden | |

Vertreter/innen der Verwaltung:

Herr Hubert Grothues
Herr Werner Tüshaus
Herr Roland Schulte
Herr Stefan Pelz
Frau Kordula Blickmann
Herr Peter Nattefort

Es fehlen entschuldigt:

| | |
|--------------------|-------------|
| Herr Bernd Bense | Schöppingen |
| Herr Tobias Bürger | Gronau |
| Herr Hans Hund | Bocholt |

Sie ergänzt, die Erstbewertung sei Teil der Altlastenbearbeitung. Als Ergebnis der Bewertung werde eine Fläche entweder als verdächtig eingestuft, in das Kataster aufgenommen oder als unbedenklich eingestuft. Diese Einstufung werde benötigt, um hinsichtlich Bauleitplanung, Flächennutzungsplanung oder zu Bauanträgen Stellung nehmen zu können.

Ausschussmitglied Fischer fragt, ob die Standorte der zahlreichen in der Vergangenheit in den Kommunen bestehenden eigenen Deponien beim Kreis Borken bekannt seien.

Kreisangestellte Blickmann erläutert, die Angaben der Kommunen zu den Altdeponien seien beim Kreis bereits 1985 bis 1986 erfasst worden. Eingeschränkt sei auch eine Erstbewertung der Flächen erfolgt.

Vorsitzende Garvert schlägt vor, sodann die Anträge zum Haushaltsentwurf 2008 in der Reihenfolge des Eingangs zu behandeln. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

Zunächst wird der Antrag 06-01 der CDU-Fraktion beraten.

Ausschussmitglied Tanjsek ist der Meinung, dass die Bedeutung der Landwirtschaft bereits ausreichend in den Zielen und Maßnahmen dargestellt sei.

Vorsitzende Garvert verdeutlicht die Sichtweise der CDU-Fraktion anhand des Ziels 8. Die dort beispielhaft genannten Perspektiven für die Landwirtschaft seien mittlerweile überholt.

Ausschussmitglied Fischer argumentiert, dass das künftig den Landschaftsplänen vorgeschaltete Vorwort erfülle den Zweck, die Bedeutung der Landwirtschaft heraus zu stellen.

Ausschussmitglied Stilkenbäumer erwidert, auch in den Zielen und Maßnahmen solle die Erweiterung der Landwirtschaft von der reinen Nahrungsmittelproduktion um andere Bereiche wie den der Energiewirtschaft verdeutlicht werden.

Ltd. KBD Grothues erinnert daran, dass der Kreis den Zuschlag zur Ausrichtung der Regionale 2016 erhalten habe. Bei den diesbezüglichen Projekten werde auch die Landwirtschaft einbezogen werden.

Nach kurzer weiterer Diskussion äußern Ausschussmitglied Dirking und Ausschussmitglied Hartling, ihre Fraktionen unterstützten den Antrag der CDU.

Ausschussmitglied Seidensticker-Beining teilt mit, dass auch die SPD-Fraktion dem Antrag zustimme, man werde den angesprochenen Dialog mit Interesse verfolgen.

Sodann lässt Vorsitzende Garvert über den Antrag 06-01 abstimmen.

Beschluss zu Antrag 06-01: einstimmig angenommen

Die Verwaltung wird beauftragt, im Dialog mit den Betroffenen einen Vorentwurf zu erarbeiten, der die Bedeutung der Landwirtschaft für den Kreis Borken in den mittelfristigen Ziele und Maßnahmen zutreffender darstellt.

Als nächstes wird der Antrag 06-02 der CDU-Fraktion diskutiert.

KBD Tüshaus führt in die Thematik ein. Das Projekt sei vor kurzem im Landwirtschaftlichen Wochenblatt vorgestellt worden. *Eine Kopie des entsprechenden Artikels liegt der Niederschrift als Anlage 2 bei.*

Vorsitzende Garvert stellt klar, es solle nicht etwa ein Unternehmen gegründet werden.

Ltd. KBD Grothues erläutert, möglichst viele Akteure im Raum sollten in das Projekt einbezogen werden.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Seidensticker-Beining, ob die Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland involviert sei, wiederholt Vorsitzende Garvert, möglichst viele private Unternehmen und Verbände sollten einbezogen werden.

Beschluss zu Antrag 06-02: einstimmig angenommen

Der Kreis Borken beteiligt sich an dem Projekt „Thermische Verwertung von Holzurückschnitt, der bei der Kulturlandschaftspflege anfällt“. Die Finanzierung soll zu gleichen Teilen von den beteiligten Kreisen und der kreisfreien Stadt getragen werden. Der Anteil des Kreises Borken soll nicht mehr als 5.000,00 EUR betragen.

Nun wird der Antrag 06-03 der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN behandelt.

Kreisangestellte Blickmann teilt mit, aus dem jährlich aufzustellenden Bericht über die Siedlungsabfallentsorgung in NRW könnten die Daten des Kreises Borken verkürzt aufbereitet vorgestellt werden (*sh. Anlage 3*).

KBD Tüshaus erinnert an das mittelfristige Abfallwirtschaftskonzept des Kreises. Er stellt die Frage, ob die in dem Antrag angesprochene jährliche Dokumentation jeweils durch eine Vorstellung der Entwicklung des Abfallwirtschaftskonzeptes und der zukünftigen Entwicklung im Abfallbereich durch die Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland im Ausschuss für Umweltschutz erfolgen könne.

Dies stößt allgemein auf Zustimmung. Ausschussmitglied Tönnies stellt klar, dass es dabei jedoch nicht um Wirtschaftsabschlüsse gehen könne. Diese seien im Aufsichtsrat zu behandeln.

Beschluss zu Antrag 06-03: einstimmig angenommen

Das Ziel Nr. 13 "Ein umfassender Informationsfluss (...) ist hierfür weiterhin zu gewährleisten" wird ergänzt um den Zusatz "und jährlich zu dokumentieren."

Sodann wird über den Antrag 06-04 der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN beraten.

KLOAR Schulte verdeutlicht, dass die Einstellung von 21.000 EUR für Pflegemaßnahmen in der Natur erfolgt sei, weil in dieser Größenordnung mit großer Wahrscheinlichkeit mit einer Landesförderung zu rechnen sei und Maßnahmen in diesem Umfang auch realistisch in 2008 umgesetzt werden könnten.

Ausschussmitglied Tanjsek möchte wissen, ob bei einer Erhöhung des Ansatzes kurzfristig weiter gehende Maßnahmen umgesetzt werden könnten.

KLOAR Schulte erläutert, dass dies bei laufenden Maßnahmen, z.B. der Pflege von Naturdenkmälern, möglich sei. Völlig neue Projekte dagegen seien kurzfristig nur schwierig umzusetzen.

Beschluss zu Antrag 06-04: abgelehnt

2 Ja-Stimmen

9 Nein-Stimmen

4 Enthaltungen

Der Ansatz für "Pflegetmaßnahmen der Natur" verbleibt bei 21.000 EUR.

Ausschussmitglied Tanjsek stellt den Antrag 06-05 der SPD-Fraktion vor.

Ausschussmitglied Tönnies erwidert, die CDU-Fraktion werde den Antrag ablehnen. Die kooperative Landschaftsplanung erfordere Zeit. Das Erfordernis zu einer Personalaufstockung werde nicht gesehen.

Ausschussmitglied Seidensticker-Beining entgegnet, durch die Personalaufstockung solle die Landschaftsplanung nicht schneller abgearbeitet werden. Es solle weiterhin ausreichend Zeit für alle Beteiligten bestehen. Die zukünftig aufzustellenden Landschaftspläne für Gronau und Ahaus seien jedoch sehr aufwändig. Um die dortigen Landwirte in den Genuss von Fördermöglichkeiten aus dem Kulturlandschaftsprogramm zu bringen, sollten diese Landschaftspläne zeitnah beschlossen werden. Denn Fördergelder aus diesem Programm seien an das Bestehen eines rechtskräftigen Landschaftsplanes gebunden.

Vorsitzende Garvert erinnert daran, dass die Aufstellung der angesprochenen Landschaftspläne bislang noch nicht beschlossen worden sei.

Ltd. KBD Grothues bittet darum, zu differenzieren. Zum einen sei die technische Aufstellung eines Landschaftsplanes zu betrachten, zum anderen jedoch der kommunikative Prozess vor Ort. Gerade dieser habe sich in der jüngsten Vergangenheit als sehr aufwendig erwiesen. Eine Aufstockung um eine halbe Stelle würde das Aufstellungsverfahren daher nicht beschleunigen.

Nach kurzer weiterer Diskussion lässt Vorsitzende Garvert über den Antrag 06-05 abstimmen.

Beschluss zu Antrag 06-05: abgelehnt

5 Ja-Stimmen

9 Nein-Stimmen

1 Enthaltungen

Für die Aufstellung von Landschaftsplänen wird die bisherige halbe Stelle nicht aufgestockt.

Nach Beratung aller Anträge lässt Vorsitzende Garvert über TOP 1 abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Dem Entwurf des Kreishaushaltes 2008 – bezogen auf den Fachbereich Natur und Umwelt - wird zugestimmt. Dem Kreistag wird empfohlen, den Haushalt 2008 – Budget 06 “Natur und Umwelt” – zu verabschieden.

Punkt 2: Entwurf eines allgemeinen Vorwortes für Landschaftspläne
Vorlage: 0254/2007

Berichterstatter: Ltd. KBD Grothues

Ausschussmitglied Seidensticker-Beining bekundet, dass ihr der Entwurf für das Vorwort gut gefalle. Es seien alle wichtigen Punkte angesprochen. Um zu verdeutlichen, dass es sich bei einem Landschaftsplan um nichts Neues handele, solle jedoch noch ergänzt werden, dass bislang 10 der 18 für das Kreisgebiet aufzustellenden Landschaftspläne als Satzung beschlossen worden seien.

Ausschussmitglied Tönnes bittet, den letzten Satz des ersten Absatzes auf Seite 2 des Vorwortes durch folgenden Text zu ersetzen: „Die Entwicklung der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung nach den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis wird durch entsprechende Regelungen langfristig gesichert. Dies wird durch die Einbindung der Flächeneigentümer und wirtschaftenden Menschen gewährleistet.“

Ausschussmitglied Hartling meint, es solle noch deutlicher gemacht werden, dass die Landwirtschaft auch nach Beschluss eines Landschaftsplanes weiter geführt werden könne.

Ltd. KBD Grothues entgegnet, dies würde zu sehr ins Detail gehen. Stattdessen könne die zuletzt im Jahr 2000 aufgelegte Broschüre zur Landschaftsplanung aktualisiert werden, um solche Einzelheiten zu erklären.

Auch KLOAR Schulte betont, dass der Sinn eines Vorwortes sei, kurz und knapp in das Thema einzuführen. Für die Details solle eher die angesprochene Broschüre aufbereitet werden.

Ausschussmitglied Fischer lobt ausdrücklich die Formulierung des Vorwortes.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Umweltschutz nimmt den Entwurf eines allgemeinen Vorwortes für Landschaftspläne zur Kenntnis.

Der letzte Satz des ersten Absatzes auf Seite 2 des Vorwortes wird durch folgenden Text ersetzt: „Die Entwicklung der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung nach den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis wird durch entsprechende Regelungen langfristig gesichert. Dies wird durch die Einbindung der Flächeneigentümer und wirtschaftenden Menschen gewährleistet.“

Punkt 3: Vereinbarung über die Zusammenarbeit beim Tiergartenprojekt
Vorlage: 0269/2007

Berichterstatter: Ltd. KBD Grothues

Ltd. KBD Grothues führt in die Thematik ein.

Ausschussmitglied Fischer bekundet, er habe von Schwierigkeiten mit dem neuem Eigentümer des Tiergartens wegen der Trockenlegung von Teichen gehört.

Ltd. KBD Grothues bestätigt diese Schwierigkeiten. Er erläutert, der Trägerverein habe jedoch einen Vertrag mit dem Grundstücksbesitzer. Es werde eine einvernehmliche Lösung angestrebt.

Ausschussmitglied Fischer fragt an, ob es nicht besser sei, mit dem Abschluss der Vereinbarung zu warten, bis die angesprochenen Differenzen ausgeräumt seien.

Ltd. KBD Grothues entgegnet, die Schwierigkeiten mit dem Grundstücksbesitzer ständen nicht im Zusammenhang mit dem Abschluss der Vereinbarung.

Ausschussmitglied Tanjsek möchte wissen, unter welcher Position der Kreisanteil in den Kreishaushalt eingestellt sei.

KBD Tüshaus erklärt, der Betrag von 40.000 EUR sei in den unter Ziffer 15 ausgewiesenen Transferaufwendungen von 136.000 EUR auf Seite 205 des Haushaltsentwurfes enthalten.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Tanjsek informiert Ltd. KBD Grothues, die unter § 3 Abs. 1 der Vereinbarung genannte Unterstützung durch den Kreis würde nicht in Rechnung gestellt werden.

Ausschussmitglied Hartling erkundigt sich, was geschehen würde, wenn der Trägerverein den Betrieb einstellen müsse.

KBD Tüshaus erläutert, das in diesem Fall der Kreis und die Gemeinde Raesfeld für die Zeit bis 31.12.2023 einspringen müssten.

Vorsitzende Garvert erinnert daran, das diese Umstände jedoch bereits beim Bau des Besucher- und Informationszentrums bekannt gewesen seien. Nach Ende der Diskussion lässt sie über TOP 3 abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Vereinbarung über die Zusammenarbeit beim Tiergarten-Projekt wird zugestimmt.

Punkt 4: Mitteilungen der Vorsitzenden

Vorsitzende Garvert hat ein Schreiben von Vertretern der Rekener Landwirtschaft erhalten zur Weitergabe an die Mitglieder der Interfraktionellen Arbeitsgruppe Landschaftsplanung bezüglich der Aufnahme einer Bagatellgrenze für Aufschüttungen und Abgrabungen in Landschaftsschutzgebieten. *Das Schreiben ist der Niederschrift als Anlage 4 beigefügt.*

Vorsitzende Garvert bittet die Verwaltung, zu diesem Schreiben Stellung zu nehmen. Ltd. KBD Grothues sagt dies zu.

Punkt 5: Mitteilungen der Verwaltung

Ltd. KBD Grothues informiert darüber, dass die in der vergangenen Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz behandelten Maßnahmen zum Klimaschutz betreffend der kreiseigenen Gebäude im Hochbauprogramm des Kreises Borken aufgenommen worden seien. Das Hochbauprogramm sei in der Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Bauwesen am 11.12.2007 vorgestellt worden.

Punkt 6: Anfragen

Bezüglich der Frage von Ausschussmitglied Tanjsek nach im Kreisgebiet einzurichtenden Umweltzonen sichert Ltd. KBD Grothues zu, die rechtlichen Rahmenbedingungen in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Umweltschutz darzustellen.

Ausschussmitglied Hartling möchte wissen, ob Abwässer aus Krankenhäusern getrennt abgeleitet werden.

KBOAR Pelz erläutert, der Kreis sei für diese Frage nicht originär zuständig. Man werde hierzu jedoch in der Niederschrift Stellung nehmen.

Das Abwasser aus Krankenhäusern wird über den öffentlichen Schmutzwasserkanal den Kläranlagen zugeleitet. Damit sind Krankenhäuser Indirekteinleiter nach § 19 g Wasserhaushaltsgesetz. Der Anwendungsbereich wird im § 59 Landeswassergesetz NW näher beschrieben. Danach sind Indirekteinleitungen dann genehmigungspflichtig, wenn sie in einem der Anhänge der Abwasserverordnung des Bundes aufgezählt sind. Dies trifft für Abwässer aus Krankenhäusern nicht zu. Eine Indirekteinleitergenehmigung ist nicht erforderlich. Zuständig ist die Ortsbehörde, die in ihrer Abwasserverordnung Regelungen treffen kann.

Vorsitzende Garvert schließt die Sitzung um 18:45 Uhr.

gez.

Magdalene Garvert

Peter Nattefort